

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Sohnschein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 4.20 M., monatlich 1.40 M., durch die Post vierteljährlich 4.20 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Postboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 40 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 50 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 100 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postfachkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Pichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 12

Bad Schandau, Freitag, den 16. Januar 1920

64. Jahrgang

Gemeindesteuerordnung für die Stadtgemeinde Schandau betr.

Der von der Oberbehörde genehmigte I. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadtgemeinde Schandau vom 9. Juli 1915, vom 9. Oktober 1919 liegt von Sonnabend, dem 17. dieses Monats, an drei Wochen lang an Ratsstelle, Zimmer 4, zu jedermanns Einsicht aus.

Der Nachtrag tritt **sofort** in Kraft.

Schandau, am 15. Januar 1920.

Der Stadtrat.

Unter Bezugnahme auf die vorstehende Bekanntmachung über den „I. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadtgemeinde Schandau“ weisen wir besonders darauf hin, daß durch diesen I. Nachtrag für unsere Stadtgemeinde Schandau unter anderem auch die Erhebung von

Eintrittskartensteuer

eingeführt wird.

Darnach unterliegen — in ähnlicher Weise, wie dies hinsichtlich aller öffentlichen und nichtöffentlichen Tanzveranstaltungen, die in Wirtschaften stattfinden, bereits durch die Erhebung von Tanzsteuer geschieht — alle anderen, in § 53 der Gemeindesteuerordnung

bereits benannten Lustbarkeiten, auch Theater- und Bunte-Bühne-Aufführungen, kinematographische Darbietungen und Ausstellungen jeder Art, Bazare, sportliche Veranstaltungen und sonstige Belustigungen dann, wenn ein Eintrittsgeld von 15 Pfg. oder mehr zu zahlen ist, gleichviel, ob die Veranstaltungen jedermann oder nur bestimmten Personen zugänglich sind, der Eintrittskartensteuer.

Der Eintritt zu den genannten Veranstaltungen darf nur Personen gestattet werden, **die sich im Besitze einer Eintrittskarte** oder eines sie vertretenden Ausweises befinden.

Bis auf weiteres kommen **ausschließlich** vom Rat abgestempelte, mit Steuerabschnitt oder Steuermarke versehene Eintrittskarten zur Verwendung, **die der Unternehmer gegen Erstattung der Selbstkosten vom Rate zu entnehmen hat.**

Diese beim hiesigen Stadtrate zu entnehmenden Eintrittskarten sind nur der Nachweis dafür, daß die Eintrittskartensteuer bezahlt ist, so daß die Besucher der steuerpflichtigen Veranstaltung außer dieser Eintrittskarte über die Eintrittskartensteuer auch noch die vom Unternehmer der Veranstaltung selbst auszugehenden Eintrittskarten für die Veranstaltung zu lösen haben.

Im übrigen verweisen wir auf den I. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung selbst mit dem Bemerkten, dass es im Interesse aller Beteiligten, insbesondere aber der hiesigen Saalhaber liegt, sich über die fraglichen Bestimmungen des I. Nachtrages der hiesigen Gemeindesteuerordnung über die Eintrittskartensteuer eingehend zu unterrichten.

Schandau, am 15. Januar 1920.

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Bauer hat sich einem schweizerischen Journalisten gegenüber eingehend über die Unmöglichkeit des Friedensvertrages ausgesprochen.

* Die Nationalversammlung wird in Form einer von allen Parteien eingebrachten Interpellation gegen die Zustände im besetzten Gebiet protestieren.

* Zum Erzbischof von Köln wurde Bischof Schulte von Baderborn gewählt.

* Die Franzosen haben die ersten Leertage zum Abtransport der Kriegsgefangenen angeordnet.

* Clemenceau hat endgültig seine Kandidatur für die Präsidentschaft aufgestellt.

* Nach einer Neutermelung aus London hat die niederländische Regierung der Londoner Regierung halbamtlich mitteilen lassen, daß sie auf dem Winkrecht des ehemaligen deutschen Kaisers bestehe.

* Odeffa ist von den Truppen Denikins geräumt worden, die Bolschewisten haben die Stadt besetzt.

Abschied.

Jetzt geht's ans Abschiednehmen. Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, und schon sehen sich allenthalben die Ententeleute in Bewegung, um in unseren Grenzgebieten die deutsche Verwaltung hinauszukomplimentieren. Schleswig kommt zuerst an die Reihe, dann West- und Ostpreußen ziemlich zu gleicher Zeit mit Oberschlesien, und Memel und Danzig werden natürlich auch nicht vergessen werden. So geht es eben, wenn ein Krieg, und sei es auch der gerechteste, verloren wird.

Es kommt hinzu, daß wir auch jetzt noch nicht von den Siegern auf gleichem Fuße behandelt werden. Aus Flensburg wird berichtet, daß, als das deutsche Torpedoboot im Flensburger Hafen in Sicht kam, auf dem die letzten deutschen Matrosen von der Marinestation Mürwik nach Kiel gebracht werden sollten, von dem bereits anwesenden englischen Admiralschiff den übrigen alliierten Fahrzeugen das Signal übermittelt wurde: „Keine Begrüßung.“ So fuhr unser kleines Kriegsschiff ohne Gruß an den fremden Herrschaften vorbei; um so heller aber erklang das Deutschlandlied über den Hafen hin, umso lauter das Hurra, mit dem es in Mürwik von den Matrosen empfangen wurde. Dabei muß selbst Neuter zugeben, daß die britischen Beamten von den Deutschen in Schleswig höflich behandelt worden seien, und wer unsere Marine kennt, wird ohne weiteres davon überzeugt sein, daß auch sie es in keinem Punkte den Fremden gegenüber an der gebotenen Höflichkeit hat fehlen lassen. Aber tut nichts: der Stachel der Niederlage kann den vermeintlichen Deutschen gar nicht tief genug ins Fleisch hineingetrieben werden. Von einer wirklich friedfertigen Gesinnung werden wir im internationalen Verkehr mit unseren Feinden, wenigstens was seinen amtlichen Ausschritt betrifft, noch lange Zeit hinaus wenig oder gar nichts zu spüren bekommen.

Man hat uns in den letzten Tagen wiederholt, und mit guten Gründen, das fürchterliche Schicksal Deutsch-Osterreichs vor Augen gehalten. Jetzt kommt Herr Hoover, der vorjährige Lebensmitteldiktator der Vereinigten Staaten, und erklärt vor dem Ausschuss des Repräsentantenhauses, für die dort herrschenden Zustände seien die europäischen Mächte verantwortlich, denn sie hätten Österreich gezwungen, einen Vertrag zu unterzeichnen, der ihm das ganze Karpatengebiet,

aus dem es früher zusammengesetzt gewesen sei, raube. Deshalb schlägt er da er ja auch jetzt wieder mit der Frage der Unterfütterung Europas befaßt ist, vor, die Schwierigkeiten dadurch zu lösen, daß Österreich gestattet werde, sich an Bayern anzuschließen. Herr Hoover schweigt nur darüber, daß die vernichtende Kritik der Versailler Staatsweisheit, die in seinen Worten liegt, zum mindesten mit gleicher Wucht auch den Präsidenten Wilson trifft, der zu dieser geradezu hirnverbrannten „Lösung“ des österreichischen Problems seine Zustimmung gegeben hat, obwohl sie zu seinen 14 Punkten so ausgezeichnet paßt wie die Faust aufs Auge. Trotzdem beharren Clemenceau und Lloyd George auf der unveränderlichen Aufrechterhaltung ihres Willens. Sie haben neuerdings in Wien, wo sich abermals Anzeichen einer kritischen Zuspitzung der Lage bemerkbar machen, wissen lassen, daß jede Änderung des bestehenden Zustandes bei der britischen und französischen Regierung die ungünstigste Beurteilung finden würde. Dieser Standpunkt hält sie jedoch auf der andern Seite nicht davon ab mit bedauerndem Nachsichsehen festzustellen, daß der trostlosen Lage dieser Republik nur mit amerikanischer Mitwirkung abgeholfen werden könne. So werden unsere deutschen Brüder an der Donau auch jetzt noch zwischen Drohungen und Versprechungen hin- und hergezerrt, von denen jene höchst greifbarer Natur sind, während die Versprechungen vollständig in der Luft schweben.

Das sind die Ausfahrten, deren wir uns bewußt werden müssen, wenn jetzt in unsere Nord- und Ostmarken fremde Gewalttäter einziehen. Angeblich geschieht es, um unparteiische Abstimmungen in den strittigen Grenzgebieten zu sichern. In Wirklichkeit soll nur der Raub auch dieser unzweifelhaft deutschen Länder vor der Welt mit einem Schein des Rechtes umkleidet werden, gleichviel was hinterher, wenn uns auch die ober-schlesischen Kohlengruben, die weiten Getreide- und Kartoffelfelder Ostpreußens, der herrlich entwickelte bäuerliche Kleinbesitz in Nord- und Mittel-Schleswig genommen ist, aus dem schmächtig verstümmelten Deutschland wird, ob es sich dann auch noch so kümmerlich ernähren kann oder nicht. Werden wir ein hilfloses Wackel und das arme Österreich, um so besser für unsere Feinde — dann bleiben wir eben für Zeit und Ewigkeit auf ihre Gnade und Ungnade angewiesen. Und Clemenceau kann beruhigt in die Grube fahren.

Sollten wir, bei allem unseren innerpolitischen Jammer, nicht ein klein wenig doch auch an diese Gefahren denken und den kommenden Abstimmungen deshalb etwas mehr Aufmerksamkeit schenken, als es bisher geschehen ist?

Reichskanzler Bauer über den Frieden.

Die geknechteten Rheinlande.

Reichskanzler Bauer gewährte einem Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung“ eine Unterredung. Im Verlaufe dieses Gesprächs äußerte er sich im Anschluß an die Ratifikation des Friedens wie folgt: „Sie wissen, welche Schwierigkeiten es gekostet hat, diesen Frieden unter Dach und Fach zu bringen. Immer wieder kam eine neue Forderung der Entente, die neue Beratungen notwendig machte, immer wieder wurde der Augenblick der Ratifikation hinausgezögert, obwohl wir ein dringendes Interesse daran hatten, den Waffenstillstand durch Schaffung eines wirklichen Rechtszustandes abzulösen. Nun ist der Friede da, und damit ist wenigstens formell eine wichtige Etappe zurückgelegt. Welche Stellung wir als Volk und als Regierung einnehmen

wollen, wird Ihnen bekannt sein. Wir sind entschlossen, den Versailler Vertrag zu halten, so schwer er ist: wir wollen

Keine Nebenschiffpolitik

treiben, sondern wir wollen arbeiten; wir wollen uns also bemühen, Paragraph für Paragraph des Versailler Friedens innewohalten, und das mit voller, bewusster Loyalität. Wir erwarten aber auch, daß die Entente loyal sein und zu einer Milderung des Versailler Friedens bereit sein wird, so bald sich herausstellt, daß er in dieser Form nicht durchführbar ist.

Dem darüber wollen wir uns klar sein, wenn der Versailler Vertrag Buchstabe für Buchstabe in dem Geiste ausgeführt wird, in dem der Waffenstillstand geschah, worden ist, so bedeutet er nicht den Beginn eines Friedenszustandes, sondern die Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln — die Fortsetzung des grausamsten Krieges, den die Welt bisher gesehen hat.

Ich vertraue, daß die Entente nach und nach einsehen und zugeben wird, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Friedensbedingungen zunächst in der Praxis und dann auch in der Form zu mildern. Allerdings sind die Verhandlungen, die gerade jetzt von der Hohen Interalliierten Rheinlands-Kommission erlassen werden sollen, um ihre eigenen Befugnisse und ihr Verhältnis zu den deutschen Behörden festzulegen, nicht gerade dazu angetan, diese Aufassung zu unterstützen. Tatsächlich bedeuten diese Verhandlungen einen entscheidenden Rückschritt und nicht einen Fortschritt; sie lassen sich mit dem Friedensvertrag nicht vereinbaren und schaffen einen Zustand, der schlimmer ist als der bisherige, überliefern sie doch das gesamte öffentliche und private Leben der Rheinlande

dem willkürlichen Ermessen der Kommission,

die überall bestimmen und eingreifen kann, sobald die Sicherheit der Besatzungstruppen oder die Aufrechterhaltung der Ordnung ihrer Meinung nach gefährdet ist. Ich möchte hier nur einige Punkte herausgreifen, die Ihnen die Art, den Geist dieser Verhandlungen besonders treffend illustriert. Da sind zunächst Bestimmungen über das Verhältnis der interalliierten Militärbehörden zu allen deutschen Behörden und allen Personen im besetzten Gebiet: Ihren Befehlen muß überall gehorcht werden, und wenn das nicht geschieht, so können z. B. Beamte durch Entscheidung der Hohen Kommission zeitweilig oder dauernd ihres Amtes enthoben werden. Unsere Reichsgesetze sind der Hohen Kommission vorzulegen und können von ihr sofort oder auch später außer Kraft gesetzt werden. Die Besatzungstruppen der Entente unterliegen einschließig aller von diesen Truppen ausgesandten oder in ihren Diensten stehenden Personen ausschließlich den Militärgeboten oder Gerichtsbarkeiten dieser Truppen. Das ist ein Freibrief für die rheinischen Hochverräter, die aber noch dadurch rückwirkend geschützt werden, daß gegen Einwohner der besetzten Gebiete ohne Ermächtigung der Hohen Kommission wegen politischer Betätigung aus der Zeit des Waffenstillstandes keine gerichtliche Verfolgung eingeleitet oder fortgesetzt und keine Strafbestimmung angewendet werden darf. Andererseits soll die Hohen Kommission befugt sein, ungeachtet gegenteiliger Bestimmungen deutscher Gesetze bei der Untersuchung irgendwelcher Angelegenheiten, sich alle behördlichen und sonstigen Urkunden, deren Vorlegung für den Gang der Untersuchung für notwendig erachtet wird, ausliefern zu lassen.

Das Briefgeheimnis wird so gut wie aufgehoben, da sich die Hohe Kommission das Recht beilegt, sich Briefe und Postsendungen jeder Art auszuhandeln zu lassen, sobald sie das aus irgendwelchen Gründen für nötig hält. Zeitungen, Bücher, Drucksachen, Noten, Bilder und Filme können nach ihrem Ermessen verboten oder beschlagnahmt werden. Das Versammlungsrecht wird gleichfalls gänzlich von der Hohen Kommission abhängig gemacht, da dies selbst unpolitische Versammlungen von ihrer Genehmigung abhängig macht. Auf diese Weise wird das Rheinland den ganz subjektiven Verwaltungsmassnahmen der Hohen Kommission unterstellt, ohne daß ihm eine Appellationsmöglichkeit gewährt würde. Das erinnert an die Zustände, die im zaristischen Rußland herrschten.

Und dieser Zustand soll 15 Jahre dauern?

Die Entente wird selbst einsehen, daß sie Widerungen eintreten lassen muß; nicht nur aus allgemeinen rechtlichen Gründen, sondern aus der ganz realpolitischen Erkenntnis heraus, daß man auf diese Weise nicht dauernde Verhältnisse schafft. Zum Schluß der Unterredung fand der Reichszentraler freundliche Worte für die Gefangenenfürsorge, die während des Krieges durch die Schweiz entfaltet worden ist.

Teilweiser Profeststreik in Berlin.

Nur geringe Ausdehnung.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag beschlossen eine Anzahl von Kommunisten und unter unabhängigen Einfluß stehender Gewerkschaften einen 24stündigen Profeststreik gegen die Verfügungen der Regierung und gegen das Militär zu veranstalten. Die Parole wurde durch Plakate und Flugblätter trotz des Verbots verbreitet, dann aber auch in den Betrieben von Mund zu Mund. Bis zum Nachmittag hatte die Streikfahne nur mäßige Erfolge aufzuweisen. Eine Anzahl von Fabriken wurde zwar stillgelegt, da in ihnen die Arbeiterzahl in ihrer Mehrzahl zur unabhängigen Fahne schwört. So waren die Schwarzpulverwerke, die Kugelwerke in Oberschöneweide, die Oberschöneweider Maschinenfabrik, die Neuen Automobilwerke u. a. zum Stillstand gezwungen. Die nur einen geringen Teil des Fahrverkehrs umfassende sogenannte „städtische Straßenbahn“ mußte ebenfalls die Fahrten einstellen. Alle lebenswichtigen Betriebe arbeiteten aber, so die Allgemeine Straßenbahn, die Hochbahn, die Elektrizitäts- und die Gaswerke. Vielerorts kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen radikalen und mehrheitssozialistischen Arbeitern, die sich durchweg weigerten, an den Streik teilzunehmen, der hier und da auch mit einer Gedächtnisfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Verbindung gebracht wurde. Im allgemeinen war denn auch bis auf einzelne Ausnahmen alles in voller Arbeit.

Abflauen des Eisenbahnerstreiks.

Der Eisenbahnerstreik im rheinisch-westfälischen Industriebezirk kann als beendet gelten. Bis auf die Strecke Düsseldorf-Duisburg ist auf allen wichtigen Strecken der Personenverkehr wieder aufgenommen und der Güterverkehr in Gang gebracht worden. Von Dortmund, Düsseldorf und Elberfeld aus dürfte im Augenblicke schon ein normaler Zugverkehr einsehen. Von Köln aus ist auch im besetzten Gebiet der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen. Die Verhandlungen, die die Eisenbahndirektion Rattowitz mit den streikenden oberschlesischen Eisenbahnern geführt hat, haben mit einer Verständigung geendet. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden.

Im Breslauer Bezirk ist allerdings der Zustand Tatsache geworden, jedoch schweben Verhandlungen, die eine baldige Weileung erhoffen lassen.

Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Engelsdorf sind in den Zustand getreten. Auch die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten Bzdau streiken.

In den Verhandlungen über den Eisenbahnlohnstarif für die westlichen Direktionsbezirke sind für die Handwerker über 24 Jahre in allen größeren Direktionsbezirken, wie für Groß-Berlin, Lohnsätze von 3,60 Mark bis 3,30 Mark vereinbart worden. Nur für die ganz billigen ländlichen Direktionsbezirke ist der Satz auf 2,70 Mark für die Stunde festgelegt worden.

Eine Mahnung an die Eisenbahnbeamten

erläßt der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten. In dem Erlaß heißt es:

Die letzten Ereignisse lassen keinen Zweifel mehr, daß die Eisenbahnerbewegung nur ein Teil einer umfassenden politischen Bewegung zum Sturz der Regierung ist, die von langer Hand von den Kommunisten und Syndikalisten vorbereitet ist. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist zur Durchführung der Verlegung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohle unbedingte Notwendigkeit. Ich erwarte, daß die Beamten in Erkenntnis dessen sich gegenseitig bei der Ausübung der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiten, insbesondere der Nebenarbeiten des Lokomotivdienstes, unterstützen. Es darf nicht geduldet werden, daß ungezügelt Elemente das Verkehrswesen zerschütten und dadurch namenloses Elend über die breitesten Volksmassen bringen.

Ebenso bitten der „Volksbund“, die „Reichsvereinigung“ und der „Bund deutscher Frauen“ die drei Eisenbahnerverbände im Interesse der Heimbeförderung unserer Gefangenen in beweglichen Worten zur ungehinderten Arbeit und Aufrechterhaltung des Verkehrs.

Ausstände im Ausland.

Mailand, 15. Januar. Das Personal der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung in ganz Italien ist in den Allgemeinausstand erklärt worden. Die Ausständigen verlangen u. a. die Erhöhung aller jetzigen Besoldungen um 1000 Lire.

Wien, 15. Januar. Im Ostrauer Revier wurde auf 22 Schächten der Generalstreik verkündet, dem sich die Arbeiter der Wittwitzer Werke und mehrerer anderer Industrien angeschlossen. Bisher sind 50 000 Mann ausständig. Der Betrieb des Wiener Gaswerks ist bedroht.

Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.

• **Kreistagswahlen in Sachsen.** Im südlichen Teil der Provinz Sachsen haben die Delegiertenwahlen zu den Kreistagen stattgefunden. Es liegen Ergebnisse aus 16 Wahlkreisen vor: Die Bürgerlichen erhielten 285 Sitze, davon Deutschnationalen 113, Deutsche Volkspartei 98, Deutschdemokraten 74. Ferner wurden 244 Sozialisten gewählt, davon 203 Unabhängige und 41 Mehrheitssozialdemokraten. Dazu kommen 18 Parteilose. Man sieht daraus, daß die beiden extremsten Parteien am meisten gewonnen haben.

• **Warnung des Reichspostministers.** Der Reichspostminister erklärte in einer Unterredung mit Postbeamten, bis jetzt sei ein Fehlbetrag von 750 Millionen Mark, für das nächste Jahr ein solcher von 1250 Millionen Mark in dem Haushalt der Postverwaltung festzustellen. Eine weitere Gebührenerhöhung sei unmöglich. Der Minister warnte vor Beamtenstreiks, weil die Beamten durch solche ihre Grundrechte aufs Spiel setzten. Eine der nächsten Streikfolgen wäre überdies der Sturz der gegenwärtigen Regierung. Unter der dann folgenden radikalen Regierung würden die Beamten vollkommen erlebzt sein.

• **Zum neuen Erzbischof von Köln** wurde der Bischof von Baderborn Dr. Karl Josef Schulte gewählt. Der neue Kirchenfürst wurde 1871 zu Haus Walbert im Kreis Meschede als Sohn eines Gutspächters geboren. 1895 wurde er Pfarrer und im Jahre 1909 zum Bischof von Baderborn gewählt.

Frankreich.

• **Clemenceaus Präsidentschaftskandidatur.** Clemenceau hat nunmehr die Kandidatur für die Präsidentschaft endgültig angenommen. In Übereinstimmung mit Poincaré wird er Millerand zum Ministerpräsidenten ernennen. Bis zum 18. Februar bleibt Poincaré im Elise, während Clemenceau die Geschäfte als Präsident der Konferenz vorläufig weiter versteht. Millerand wird in seinem Kabinett das Ministerium des Äußeren übernehmen. Auch Loucheur wird darin einen äußerst wichtigen Posten erhalten. Nach dem, was auf dem Elise verlautet, wird Poincarés im Ministerium Millerand die Stelle des bisherigen Finanzministers Klotz einnehmen.

Holland.

• **Das Asyl von Amerongen.** Wie verlautet, hat die holländische Regierung die Vertretung der Entente in Paris in freundschaftlicher Art und inoffiziell benachrichtigt, daß ihr eine Anfrage über ihren Standpunkt in der Kaiserfrage unangenehm wäre. Holland sehe in dem früheren Kaiser und seinem Sohn politische Flüchtlinge, denen es Asylrecht gewähren müsse. Dieser inoffizielle Schritt soll unternommen worden sein, um zu verhindern, daß Holland bei einer offiziellen Anfrage mit einer direkten Weigerung antworten müsse.

Aus In- und Ausland.

Paris. In einer seiner letzten Sitzungen beschloß der Oberste Rat, die staatliche Unabhängigkeit Armeniens, Georgiens und Aserbeidshans anzuerkennen.

Paris. Der schweizerische Gesandte in Paris überreichte dem Sekretariat der Friedenskonferenz die Antwort der Schweiz an den Obersten Rat über den Anschluß der Schweiz an den Völkerverbund.

Paris. Der französische Senat wählte im dritten Wahlgang Leon Bourgeois mit 147 Stimmen zum Präsidenten. Stockholm. Der Gesandte v. Lucius ist von hier abberufen worden, um anderweitig im diplomatischen Außenamt verwendet zu werden. Zum Geschäftsträger in Gesandter Radolin ernannt, der eine Zeitlang als Berater des Reichspräsidenten wirkte.

Werb- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G.), 100 Kronen (Kr.) bzw. 100 Frank (Fr.).

Börsenplätze	15. 1.		14. 1.		13. 1.	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam G.	2068 1/2	2071 1/2	2028 1/2	2031 1/2	1988 1/2	1941 1/2
Kopenhagen Kr.	984 1/4	985 1/4	984 1/4	985 1/4	934 1/4	935 1/4
Stockholm Kr.	—	—	—	—	1094 1/4	1095 1/4
Christiania Kr.	—	—	1029 1/4	1030 1/4	—	—
Bern Fr.	989 1/4	990 1/4	959 1/4	960 1/4	914 1/4	915 1/4

Im Frieden kosteten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bzw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark, von kleinen Kurschwankungen natürlich abgesehen.

Deutsche Nationalversammlung.

(157. Sitzung.)

OB. Berlin, 15. Januar.

Das Ungewitter ist wieder einmal vorüber. Die ruhige Sachlichkeit und der Friede ordnungsmäßigen Verhandelt ist wieder in den Sitzungssaal eingekehrt. Das Reichstagsgebäude ist nicht mehr abgeperrt; nur starke Abteilungen bewaffnet, die man innerhalb des Gebäudes und in seiner Umgebung gewahrt, gemahnen an die Schreden des 13. Nachdem gestern die allgemeine Verprechung über den grundlegenden § 1 des Betriebsrätegesetzes zu Ende geführt worden war, beschäftigte man sich heute mit der

Einzelberatung des Betriebsrätegesetzes.

Ein Antrag der Rechten, die Vorlage dem Reichswirtschaftsrat zu überweisen, wurde gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien abgelehnt. Ferner wurde ein Antrag der Unabhängigen abgelehnt, der den § 1 so gefaßt wissen wollte, daß in allen Betrieben, die mindestens zehn Arbeitnehmer beschäftigen, zur Überführung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische Ordnung, Betriebsräte zu errichten seien. Die ersten Paragraphen des Gesetzes wurden alsdann ohne längere Auseinandersetzungen unter Ablehnung von Änderungsanträgen angenommen. Bei § 6, der die Arbeiter- und Angestelltenräte behandelt, kam es zu einer Erörterung über

Kopf- und Handarbeiter.

Von unabhängiger Seite wurde die Streichung dieses Paragraphen beantragt mit der Begründung, daß der Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeitern eine faule Ausrede sei. Die Kopfarbeiter arbeiten nicht ohne Hand und die Handarbeiter nicht ohne Kopf, ganz abgesehen von den Berufsständen wie Mechaniker und Optiker, für die bei ihren hochwertigen Leistungen geistige und körperliche Regsamkeit Voraussetzung sei. Im weiteren Verlauf dieser Auseinandersetzungen bemerkte der Abg. Giebel (Soz.): Die Unabhängigen selbst sind schuld an der Verschlechterung des Gesetzes. Ihre jetzigen Forderungen sind einfach ein Agitationsmandat. Darauf erwiderte der Abg. Koenen (Unabh. Soz.): Sie haben ja nur einen Kompromiß angestrebt. Sie sind uns kompromittiert. Können Sie Ihre Macht gegen Ihre Kumpane in der Regierungsmehrheit besser aus. Der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz kann nur mit den Männern von vorgestern geführt werden. (Stürmische Proteste.) Da haben wir ihn, Bischen. Weisfall bei den Unabhängigen.) § 6 wurde alsdann ebenfalls unter Ablehnung der Anträge der Unabhängigen angenommen, ebenso § 7.

Sodann tritt eine Pause ein und die Beratung wird in einer Abend Sitzung fortgeführt.

Kauft die Schandauer Chronik als Geschenk!

Sächsische Volkshammer.

Dresden, 15. Januar. Antrag des Abg. Schmidt-Freiberg auf Abbau der Zwangswirtschaft steht zuerst auf der Tagesordnung. Namens des Gesetzgebungsausschusses beantragt der Berichterstatter der Minderheit Abg. Nammelsberg (Dn.) baldigen Abbau der Zwangswirtschaft in der Volkswirtschaft, Aufhebung der Kriegsgesellschaft usw. Abg. Dammhardt (Unabh.) beantragt demgegenüber als Berichterstatter der Mehrheit Steigerung der Produktion aller wichtigen Lebensmittel und Erfassung der Erzeugnisse an der Produktionsquelle: Vergeellschaftung des Großgrundbesitzes, Ausschaltung des Zwischenhandels usw. Abg. Fellisch (Soz.) begründet darauf die sozialdemokratischen Interpellationen über den Stand der Kartoffelversorgung, Abgabe eines Schweineviertels bei Hausfleischungen und den Antrag auf Schaffung eines parlamentarischen Beirates zur Mitwirkung bei Fragen der Lebensmittelversorgung. Vizepräsident Lipinski begründet den Mehrheitsantrag Lipinski: Wir wollen an Stelle der privatkapitalistischen Wirtschaft die Vergeellschaftung des ländlichen Großgrundbesitzes setzen und die genossenschaftliche Zusammenfassung der kleinen Landwirtebetriebe. Wirtschaftsminister Schwarz: Die Preisfrage spielt überall die Hauptrolle. Wächst die Streikgefahr, dann sind wir in drei Tagen erledigt. Sicher ist, daß wir überhaupt nicht mit den Lebensmitteln reichen. Die schwersten Tage stehen uns im Juni, Juli und August bevor. Ohne ausländische Lebensmittel kommen wir nicht aus. Das Wichtigste ist, daß wir die vorhandenen Lebensmittel restlos erfassen und gerecht verteilen. Das Gefährlichste an den heutigen Streiks ist, daß man wirtschaftliche Forderungen mit politischen Plänen verknüpft. Mit der Einberufung eines parlamentarischen Beirates sind wir einverstanden. Ministerialdirektor Dr. v. Hübel: Die Fleischversorgung ist für die nächsten Monate sichergestellt. Außerdem legen die amerikanischen Fleischsendungen demnächst ein. Mit der Brotversorgung kommen wir bis zum Frühjahr aus. In der Fettversorgung stehen wir günstiger als im Vorjahr da. Nachdem noch ein Vertreter der Demokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gesprochen haben, wird die Sitzung abgebrochen.

Nah und Fern.

• **Das Hochwasser in Westdeutschland.** In den Rheinniederungen werden wiederum große Gebiete durch Überschwemmungen schwer bedroht. In Baden, Württemberg und Bayern haben orkanartige Stürme und wolkenbruchartige Regengüsse furchtbare Schäden angerichtet. Die Telephon- und Telegraphenleitungen sind fast überall gefloßt. Im Schwarzwald tobte ein Föhnsturm, dem Tausende von Bäumen zum Opfer fielen. Der Rhein und seine Nebenflüsse sind weiter im Steigen begriffen. In Duisburg sind die Hafenanlagen, in Köln die Uferstraßen, in Frankfurt am Main die tiefer gelegenen Stadtteile der Altstadt völlig überschwemmt.

• **Ein deutscher Dampfer gesunken.** Aus Frederiksstad in Norwegen wird gemeldet, daß ein deutsches Schiff während des letzten Sturms in den Schären bei Ankerö gesunken ist. Die deutsche Flagge, deutsche Bücher, Rettungsgürtel und Rettungsboote wurden an Land getrieben. Das Schicksal der Mannschaft ist unbekannt. Leichen wurden bisher nicht gefunden.

• **Gepflünderte Kartoffelfeldungen.** Die Streikbewegung im Rheinlande hat der Kartoffelversorgung der Stadt Frankfurt a. M. einen erheblichen Verlust zugefügt. 45 Waggons holländischer Kartoffeln, die für Frankfurt bestimmt waren, sind im Streikgebiet angehalten und geplündert worden.

• **Selbstmord des Korvettenkapitäns Morath.** Der Korvettenkapitän Morath nahm, als er im Kreise seiner Angehörigen im Hamburger Matsweinfest saß. Gift zu sich, brach bewußtlos zusammen und wurde ins Krankenhaus gebracht. Dort ist er gestorben. Das Motiv zu der Tat ist nicht bekannt. Kapitänleutnant Morath hat sich während des Krieges als U-Boot-Kommandant mehrfach durch Verlenkung feindlicher Schiffe hervorgetan. Besonders hatte er an den zahlreichen Erfolgen Anteil, wo er u. a. das französische Großkampfschiff „Danton“ versenkte.

• **Einbruch in ein Erbgrabnis.** Einbrecher erbrachen das Mausoleum des Rittergutsbesizers Freiherrn v. Carnap in Jahnshöhe im Kreise Landsberg a. W. Sie warfen die Leichen aus den Särgen und raubten Kleidung sowie Schmuckstücke.

• **Von Banditen getötet und beraubt.** Zwischen Fannygrube und Glaubenshütte wurde, wie aus Laurahütte gemeldet wird, der Rechnungsführer Zwan von der Theresienhütte, der Lohngeber in einem Wagen mit sich führte, von vier Banditen, die den Pferden in die Bügel fielen, durch mehrere Schüsse getötet. Der Kutscher wurde schwer verletzt. Im ganzen sind gegen 50 000 Mark geraubt.

• **Deutsche Zeitungen in Paris.** In den Pariser Zeitungskosten liegen jetzt zum erstenmal seit dem Kriege wieder deutsche und deutsch-schweizerische Zeitungen aus.

• **Die Wohltäterin des Niesengebirges.** Eine originelle Hochstaplerin ist in Berlin aufgejagt, aber bisher noch nicht verhaftet worden. In den Kurorten des Niesengebirges trat eine Frau Anna Verthold geb. v. Bunt-Stepinski, Rittergutsbesizerin usw. auf, die sich durch ihr gutes Herz für die Armen Vertrauen zu verschaffen wußte. Sie regte beständig Sammlungen an, „half“ aber auch Einzelpersonen. So ließ sie einem Hoteldirektor „kontrafaktlich“ 200 000 Mark, damit er sich selbständig machen könne, h'ieb ihm dafür aber die Beche schuldig, und borgte von ihm noch bare Summen, so daß er um 8000 Mark geschädigt ist. Dann verlobte sie sich auf Grund einer Todesanzeige ihres Mannes mit einem Eisenbahnbeamten, der für sie 9000 Mark ausgab. Die Schwindlerin ist festgestellt als ein oft vorbestraftes Straßennädchen Anna Verthold aus Bissa in Posen.

• **Dammrutsch.** Wie aus Wüttegiersdorf berichtet wird, ereignete sich vor dem Königswalder Tunnel auf der Strecke Dittersbach-Glas ein Dammrutsch. Zwei Häuser wurden gerührt. Die Fahrgäste mußten den Tunnel zu Fuß umgehen.

• **Bankrott?** In Österreich konnte wegen der Leere der Staatskassen am 1. Januar ein großer Teil der Beamten- und Offiziersgehälter nicht ausbezahlt werden. Die Südbahn konnte an ihre Angestellten nur eine Gehaltsanzahlung leisten.

• **Studentenstreik.** Wo alles streikt, können die Studenten allein nicht arbeiten. So ist denn in Halle a. S. die gesamte Studentenschaft in den Streik getreten, weil ohne vorherige Ankündigung eine Erhöhung der Kollegengelder um 65 % vorgenommen wurde. Um die Bewegung in ruhigen Bahnen zu erhalten, hat sich der allgemeine Studentenausschuß an die Spitze des Streiks gestellt.

• **Von Straßenvräubern erschossen.** Der praktische Arzt Dr. med. Franz aus Genthin wurde auf der Rückfahrt von einem Patientenbesuch auf der Landstraße von Wegelegern überfallen, vom Rade gerissen und nach heftiger Gegenwehr erschossen. Nachts fand man die Leiche im Walde, und an einer andern Stelle das Fahrrad. Einige Verhaftungen sind bereits erfolgt, doch ist die Täterschaft noch nicht aufgeklärt.

o Vermählung des Fürsten Adolf zu Schaumburg-Lippe. In Berlin fand die Vermählung des Fürsten Adolf zu Schaumburg-Lippe, der im November 1918 dem Thron entsetzt hat, mit Elisabeth, geb. Vikhoff, der geschiedenen zweiten Gemahlin des Prinzen Eberwyn zu Bentheim und Steinfurt, statt.

o Unheimliche Wintergäste. Die Grippe tritt in Berlin wieder mit einer ganz außergewöhnlichen Heftigkeit auf und hat schon manches Opfer gefordert. Auch Erkrankungen an Rungenentzündung sind jetzt häufig, ebenso an Diphtherie und Scharlach.

o Festnahme eines Millionenschwindlers. Der Bevollmächtigte des Landesamts für Volksernährung zu Berlin hatte den Auftrag, alle irgendwie erreichbaren Lebensmittel aufzukaufen. Er hatte unbeschränkte Vollmachten, und die Berliner Banken zahlten auf seine Anweisung jeden Betrag aus. Darauf baute ein Schwindler, der sich Kaufmann Löwe nannte, seinen Plan auf, als er dem Bevollmächtigten 8000 Zentner Zucker für 2.800.000 Mark verkaufte. Der Zucker war jedoch nicht vorhanden. Der angebliche Löwe wurde, da er die Kaufsumme einstreichen konnte, in Hamburg verhaftet. Man fand bei ihm Papiere, nach denen er in Berlin noch einen gleichen Betrug mit einer Lebensmittelbehörde eingefädelt hatte.

o Eisenbahnunglück. Infolge eines Fehlers der Signalbedienung fuhr bei Lehrte eine leerfahrende Lokomotive auf einen Güterzug auf. 9 Wagen des Güterzuges entgleisten und wurden zum Teil schwer beschädigt. Von dem Personal des Güterzuges wurden zwei Personen getötet und zwei schwer verletzt.

o Ungetreuer Bahnhofsvorsteher. Oberbahnhofs-vorsteher Fiedler in Renfa wurde unter dem Verdacht großer Schiebung verhaftet. Eine Hausdurchsuchung förderte Sparfassenbücher und Wertobjekte von über 55.000 Mark zutage. Der Verhaftete war Kandidat der demokratischen Partei für die Wahl zur preussischen Landesversammlung.

o Das Haus „Zur Lindenwirtin“. Aus Godesberg wird gemeldet: Der Männergesangsverein „Cäcilia“ hat die 175 Jahre alte bekannte Studentenkneipe „Zur Lindenwirtin“ für 250.000 Mark angekauft, um sie zum Vereinsheim umzugestalten. Der Gasthof ist durch seine Wirtin, die durch Rudolf Baumbachs Gedicht „Keinen Tropfen im Becher mehr“ berühmt gewordene „Lindenwirtin“ Annchen Schumacher bekannt.

o Franz Ferdinand als Defraudant? Im österreichischen Finanzanschuss wurde von der Regierung mitgeteilt, daß der ermordete Erzherzog Franz Ferdinand in widerrechtlicher Weise sehr bedeutende Summen dem Wiener Stadterweiterungsfonds entnommen habe, um Antiquitäten und Kunstwerke für seine Sammlungen in den Schlössern zu kaufen.

o Der „Imperator“ unter englischer Flagge. Der frühere Kapagdampfer „Imperator“ hat kürzlich seine erste Fahrt unter englischer Flagge von New York nach Southampton zurückgelegt. Beinahe 3000 Passagiere waren an Bord. Die Fahrt dauerte elf Tage statt fünf. Der Kapitän erklärte die langsame Fahrt durch schlechte Roble.

o Gegen das deutsche Spielzeug. Der Verband britischer Spielzeugfabrikanten und -händler, dem 700 britische Firmen angeschlossen sind, hat in einer Versammlung in Manchester eine Entschliebung angenommen, in der gefordert wird, daß deutsche Spielwaren für die Mindestdauer von zwei Jahren nicht eingeführt werden.

o Nanzen heiratet. Frithjof Nanzen hat sich in Christiania vermählt. Der berühmte Polarforscher und jetzige Staatsminister steht im 58. Lebensjahre.

o Die asiatische Pest verbreitet sich in der ganzen Ukraine und im Norden Dekarabiens mit großer Schnelligkeit. Hunderte von Opfern sind zu beklagen. Einige Fälle wurden bereits auch in rumänischen Städten, wie in Jassy, amtlich festgestellt.

Neueste Nachrichten.

TU. meldet am 16. Januar:

Aushebung eines Waffenlagers der Kommunisten in Berlin.

Berlin. In der Nacht zum Donnerstag wurde ein ganzes Waffendepot der Kommunisten ausgehoben. Auf dem Laubengelände in der Ostender Straße 32 wurden 4 schwere und 2 leichte Maschinengewehre, 112 Infanteriegewehre Modell 98 und 2 Kisten mit Munition ausgegraben. Die Sicherheitspolizei vermutet, daß noch mehrere solcher geheimen Waffenlager bestehen und ist eifrig dabei, ihnen auf die Spur zu kommen.

Verbot von Versammlungen in Berlin.

Berlin. Reichswehrminister Noske hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 verbiete ich bis auf weiteres alle von der kommunistischen und unabhängigen Sozialdemokratischen Partei veranstalteten sogenannten Gedächtnisfeiern. Ferner verbiete ich die vom Arbeiterrat der Arbeitslosen Groß-Berlins, der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands und der unabhängigen Partei Deutschlands, Bezirk Berlin, einberufenen Arbeitslosenversammlungen am Freitag, den 16. Januar und die für Freitag, den 16. Januar 7 Uhr abends in den Germaniasälen, Chausseestraße 110 von der Freien Vereinigung der Verkehrsarbeiter Groß-Berlins einberufene Versammlung „Die Notlage der Verkehrsarbeiter.“

Tarifvertrag für den Ruhrbergbau.

Essen. Hier haben die Verhandlungen zwischen den Bergwerksbesitzern und den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages für den Ruhrbergbau begonnen.

Gedächtnisfeiern in Bremen.

Bremen. Aus Anlaß des Todestages Liebknechts und Rosa Luxemburgs verließen gestern die Arbeiter, in erster Linie Kommunisten, gegen 2 Uhr die Betriebe und bildeten einen geschlossenen Zug von mehreren tausend Mann, der sich gegen 4 Uhr durch die Stadt bewegte. Die Polizei beschränkte sich darauf, den Straßenbahnverkehr und sonstigen Verkehr neben dem Demonstrationszuge aufrechtzuerhalten. Zu irgendwelchen Zusammenstößen scheint es nicht gekommen zu sein.

Warnung vor Straßentungebungen.

Dresden. Nach vorliegenden Nachrichten sind in den nächsten Tagen große, öffentliche Demonstrationen beabsichtigt.

Die zuständigen Behörden weisen nochmals darauf hin, daß solche Kundgebungen nach den Bestimmungen des Belagerungszustandes nicht zulässig sind und unter keinen Umständen geduldet werden. Die zur Durchführung dieses Verbotes erforderlichen Maßnahmen sind getroffen.

Die Neubesehung des Reichsschatzminister-Postens.

Berlin. Einem Berliner Blatt zufolge soll der Posten des Reichsschatzministers dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Bernhard Dernburg angeboten worden sein. Dernburg soll aber aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt haben. Diese Mitteilung ist unrichtig. Ein solches Angebot ist nicht ergegangen und die Gesundheit Dernburgs, der allerdings vor einiger Zeit erholungsbedürftig war, läßt gegenwärtig nichts zu wünschen übrig. Ferner werden von der gleichen Seite für den Posten noch Gothein und Justizrat Falk genannt. Dazu ist zu bemerken, daß die demokratische Fraktion sich mit der Angelegenheit überhaupt noch nicht beschäftigt hat.

Mayer-Kaufbeuren — Geschäftsträger in Paris.

Berlin. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist gestern ernannt worden. Wie das Berl. Tgl. hört, ist der Posten dem bisherigen Reichsschatzminister Dr. Mayer-Kaufbeuren übertragen worden. Wie das Blatt weiter vernimmt, ist es ziemlich sicher, daß der Hamburger Senator Stamer, der als Botschafter nach London gehen sollte, bereit sein wird, bis auf weiteres den äußerlich weniger bedeutenden Posten des Geschäftsträgers dort zu übernehmen.

Aus Stadt und Land.

Wetterblatt für den 17. Januar.

Sonnenaufgang	8 ⁰⁵	Mondaufgang	4 ⁵⁷
Sonnenuntergang	4 ¹⁵	Mondundergang	1 ¹²
1833 Friedrich König, Erfinder der Buchdruckschneidpresse, gest. — 1894 Kooloa August Weismann geb.			

Weiterverausage.

Wind wechselnd, meist trüb, keine wesentliche Temperaturänderung, zeitweise Niederschläge.

—* Im amtlichen Teile der vorliegenden Nummer veröffentlicht der hiesige Stadtrat eine Bekanntmachung, betr. die Gemeindesteuerverordnung. Es handelt sich um die Erhebung von Eintrittskartensteuer. Wir wollen hiermit besonders auf diese Bekanntmachung hinweisen.

—* Nachstehend bringen wir eine tabellarische Aufzeichnung über das Steigen des gegenwärtigen Hochwassers. Die von ihm Betroffenen können sich nach dieser Liste ausrechnen, bei welchem Pegelstand das Wasser in ihre Räume eindringt. Die betreffende Zahl ist zu notieren und für die Zukunft aufzubewahren. Der Schandauer Pegel zeigte am

früh				
1 Uhr	378	514	585	cm
2 "	82	18	88	"
3 "	86	21	92	"
4 "	91	24	96	"
5 "	95	27	600	"
6 "	402	29	04	"
7 "	08	32	07	"
8 "	14	33	10	"
9 "	242	25	35	14
10 "	54	31	37	17
11 "	66	37	40	20
12 "	78	46	42	23
nachmittags				
1 Uhr	290	452	544	cm
2 "	302	59	48	"
3 "	10	64	50	"
4 "	15	72	53	"
5 "	22	78	56	"
6 "	30	84	59	"
7 "	38	90	62	"
8 "	47	94	66	"
9 "	55	98	68	"
10 "	62	503	73	"
11 "	68	07	78	"
12 "	73	10	81	"

—* Ueber Nacht ist das Hochwasser noch um ungefähr 1 m gestiegen, so daß nunmehr auch die ganze Badaltee bis zum Kurhaus und die Poststraße bis zu dem Lämmel-schen Hause, selbstverständlich auch die Kirch- und Marktstraße sowie der größte Teil der Rosengasse und der anderen nahe der Elbe gelegenen Straßen und selbst die Hohnsteiner Straße vom Ringelschen bis Richterschen Hause unter Wasser stehen. Als gestern am späten Nachmittag die Mitteilung eintraf, daß in Böhmen ein Dammbruch stattgefunden habe und infolgedessen das Wasser mit größerer Schnelligkeit steigen werde, war leider die Zeitung schon ausgedruckt. Wir konnten demnach diese Meldung nur einzelnen telefonisch geben. Diese gutgemeinte Warnung ist leider von einigen nicht beachtet, bez. als falsch hingestellt worden. Die Folge davon war, daß verschiedene Geschäftsleute doch noch von den Fluten überrascht wurden. Daß es uns fern liegt, Sensationen zu verbreiten, mißte u. E. hinlänglich bekannt sein. Und daß wir auf dem Standpunkt stehen, anstatt „Vogel Strauß-Politik“ zu treiben, mit zu helfen, die Gefahr beizugehen zu erkennen, wird uns wohl kaum jemand verargen, lehrt doch die Praxis, daß man bei solchem Versahren am besten kommt. Wie gesagt, ist leider die Wachsmeldung zur Laifache geworden. Der Schaden, der den betreffenden Einwohnern durch das Wasser wird, ist ganz riesig. Das Gerüst des auf der Raimauer befindlichen Zollschuppens ist bis auf einen Pfahl vom Wasser weggespült worden. Ob es an dem ist, daß sich auf dem oberen Elbe-lauf drei Zillen losgerissen haben, konnten wir nicht feststellen. Ist dies jedoch der Fall, so kann man auf irgendwelche Unfallnachrichten gefaßt sein, da nicht anzunehmen ist, daß die sährerlosen Fahrzeuge in der Strommitte bleiben. — Nach der neuesten Meldung von heute vormittag ist noch etwas Wuchs zu erwarten (etwa 20 cm). Von sämtlichen oberen Stationen wird für die Nacht allgemein Fall vorausgesagt. Wollen wir hoffen, daß nach diesen

Meldungen heute nachmittag der Höchststand erreicht ist und sich die Fluten dann wieder verlaufen, denn außer dem Schaden hat das Hochwasser auch allerhand Verkehrsstörungen mit sich gebracht, weil naturgemäß in so kurzer Zeit eine in jeder Beziehung betriebigende Kahnbeförderung nicht genügend organisiert werden konnte. Es ist doch immer noch das allerbeste und zuverlässigste, wenn man sich auf seine Füße verlassen und auf Schusters Rappen sein Ziel erreichen kann. — Der Gottesdienst kann natürlich am Sonntag nicht stattfinden, weil — wie bereits gemeldet — auch die Kirche im Wasser steht. — Infolge eines Rohrbruchs in Prossen verlag die Gaszufuhr in der ganzen Stadt.

—* Wie die Sächsische Staatszeitung hört, wird den sächsischen Beamten eine Erhöhung der Feuerungszulagen in gleichem Maße wie den Reichsbeamten und den preussischen Beamten gewährt werden. Die letzte Entscheidung liegt bei der Volkskammer.

—* Wie uns die Leitung der U.-S.-Lichtspiele mitteilt, kann vorläufig keine Vorführung stattfinden, da die Zugangswege zu Hegenbarths Sälen vom Wasser überspült werden. Sobald diese wieder frei sind, werden die nächsten Vorstellungen bekanntgegeben werden.

—* Heerespferde für die Landwirtschaft. Zwischen dem Reichswirtschafts- und Reichswehrministerium fanden kürzlich Besprechungen statt, die sich auf die Abgabe der durch die Verminderung des Heeres freiwerdenden Pferdebestände bezogen. Es wurde vereinbart, daß bei Verteilung der Pferde in erster Linie nach Möglichkeit solche landwirtschaftliche Betriebe berücksichtigt werden sollen, die bei der Lieferung der gemäß dem Friedensvertrage an den Verband abzugebenden Pferde herangezogen wurden. Man hofft auf diese Weise die schädlichen Wirkungen der Pferdeabgabe an die feindlichen Mächte herabzumindern.

—* Fürsorge für die deutschböhmisches Kinder des Erzgebirges. Infolge der Silberkrise, die in 700 Zeitungen erschienen sind, hat Deutschland bis zum heutigen Tage 1.121.637,96 M. gesammelt. An Reis, Reismehl, Bohnen, und kondensierter Milch, an Kleibern und Schuhen wurden bisher für 439.077,70 M. gekauft. Den Deutschen kann eben nur durch Deutsche geholfen werden; der tschechoslowakische Staat wird ihnen immer ein Stiefvater bleiben.

—* Zweierlei Maß! „Zucker zum Osterfest“ ist da — für die Juden in Dresden. Der „Dresd. Anz.“ bringt eine Bekanntmachung des Rates zu Dresden, in der es heißt: „§ 1. Wer für das jüdische Osterfest Zucker zum Verbrauch im Haushalte beziehen will, der nach den für das Osterfest geltenden Bestimmungen hergestellt ist, hat seinen Bedarf bis zum 15. Januar 1920 bei der Firma Ch. Lunkewih, Dresden-Alstadt, Flemingstraße 6, anzumelden. Die Anmeldung hat sich auf 1 Pfund Zucker für die Person zu erstrecken.“ — Das Christstollenbacken war verboten, aber für das jüdische Ostergebäck wird nach den für das jüdische Osterfest geltenden Bestimmungen besonders hergestellter Zucker verteilt! Wen nimmt das heutzutage noch wunder?

Königsstein. Die Abfahrtsstelle für den Kraftwagenverkehr nach Schweizermühle ist infolge des Überschwemmen Reisigerplatzes von da nach der Oberhüttener Straße verlegt worden.

Dresden. Gestern mußten infolge des Hochwassers die Güterbahnhöfe Dresden-Elbufer (Alstadt und Neustadt) geräumt werden. Ab heute sind sie für den Güterverkehr gesperrt worden.

Dresden. Wie gemeldet wird, ist die Arbeiterschaft der photographischen Industrie (Jca, Enemann, Goltz und Brautmann) wegen verweigerter Lohnerhöhung in einen Ausstand getreten. Da hier Tarifbruch vorliegt, erkennt die Organisation den Ausstand nicht an.

Neusalza. Am 12. Januar 1670, also vor 250 Jahren, unterzeichnete Kurfürst Johann Georg II. von Sachsen das Dekret, welches die Bewilligung zur Erbauung unserer Stadt aussprach, und zwar „an Ort und Stelle, wo es am bequemsten sei.“ Das Ansuchen hierzu war vom Landesältesten des Oberlößlichen Kreises Friedrich v. Salza ausgegangen, weshalb die Neugründung Neusalza genannt wurde. Im Jahre 1669 wanderten die ersten Vertriebenen in das Eulantenstädtchen ein, sie stammten aus Ungarn, Mähren und Böhmen. Die diesjährige Jubelfeier wurde dem Ernste der Zeit entsprechend in aller Stille begangen.

Ramenz. Durch Verletzung eines Leitungsdrahtes der zerrissenen Hochspannung, wurde der 11-jährige Knabe des Gutsbesizers Mickel in Schweinerden getötet. — Nach zehn Jahren kam eine an einen Schmiedemeister in Leipzig-Gohlis gerichtete Postkarte als unbestellbar nach Elstra bei Ramenz zurück. — Zum Ehrenmitglied des Gewerbevereines Großröhrsdorf wurde Hofrat und langjähriges Mitglied des sächsischen Landtages Geometer Bernhard Rentsch in Ramenz infolge seiner großen Verdienste ernannt.

Meerane. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den schweren Einbruch, der in der Nacht zum 23. vorigen Monats in der Weberei von Klemm & Co. verübt wurde, wobei den Einbrechern für 30.000 Mk. Seidenstoffe in die Hände fielen, aufzuklären und die Täter zu verhaften. Es handelt sich um den Schankwirt Bruno Baefler und den Fabrikarbeiter Nuegel. Die Beute wurde auf einem Grundstück des Eisertzer Anteils in einer Scheune vergraben aufgefunden und zum größten Teil wieder herbeigeschafft.

Leipzig. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Theaterdirektors Kurt Popp aus Danzig, der vom Landgericht I München am 17. September 1919 wegen Unterschlagung zu drei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

Leipzig. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Glasmachers Gustav Nock, der am 22. Oktober 1919 vom Schönrödergericht Rottbus wegen Mordes in zwei Fällen zum Tode verurteilt worden ist, sowie die Revision der Grubenarbeitersfrau Margarete Kaiser, die durch dasselbe Urteil wegen Mordes zum Tode verurteilt worden ist. Beide hatten zusammen im Januar 1919 in Dreßkau den Ehemann der Angeklagten Kaiser durch Gift ums Leben gebracht. Nock hatte außerdem im Januar 1919 seine Ehefrau vergiftet.

Aus Böhmen.

Wie aus Pils gemeldet wird, tobte dieser Tage auf dem Kamme des Erzgebirges ein schwerer Schneesturm, verbunden mit überreichem Schneefall. Auf den Straßen türmten sich die Schneemassen in solcher Höhe, daß ein Durchkommen für Menschen und Tiere ausgeschlossen war. Viele Häuser in den hochgelegenen Ortschaften, wie Selsen, Hengstlerben, Jergang, Bärzingen, Obertham, Försterhäuser, waren gänzlich im Schnee begraben. Der Verkehr zwischen verschiedenen Ortschaften war unterbrochen. Großer Schaden war besonders in den Wäldern entstanden. — Der Präsident der Republik widmete nach Anhörung des Berichtes über die Verhältnisse im Erzgebirge 100 000 Kronen zur Linderung der Not hungernder Kinder, weiter 200 000 Kronen für die übrigen Notstandsgebiete der Republik.

Warnsdorf. Ein ganzer Wald wanderte in die Stadt. Dieses Weihnachtsmärchenwort wurde in geradezu vandalischer Weise an dem Birken- und Buchenwalde des Landwirts Pils erfüllt. Innerhalb 10 Tagen wurden dort 60, u. zw. mitunter 30 bis 40 cm im Durchmesser messende Birken und Buchen gestohlen und auf großen Schlitten in die Stadt gefahren. Die Spuren wurden verfolgt. Es haben hier ganze Trupps gearbeitet, da in einer einzigen Nacht 28 Bäume gefällt und gestohlen wurden, eine Arbeitsleistung, die einem Duzend Arbeiter Ehre macht. Die Holz- und Kohlennot ist derart groß, daß von täglichen Holzdiebstählen nicht mehr gesprochen wird. Jeden Morgen kann man einzelnen Trupps Leuten mit Schlitten begegnen, die mitunter gewaltige Stämme aufgeladen haben und von ihrer Nacharbeit im Walde, die zu führen jedem Waldbeamten sehr gefährlich werden könnte, zurückkehren.

Warnsdorf. Die tschechische Grenztruppe ertrappte im Vereine mit Finanzwachorganen in den letzten finsternen Nächten Schmuggler, welche schwere Lasten über die Grenze bringen wollten. Obwohl Schiffe fielen, gelang es den Pächern, zu flüchten, doch mußten sie ihre Last im Stiche lassen, und man fand, daß es sich um 2 Säcke, und zwar um 2 Zentner Kakao handelte, die beschlagnahmt wurden und die einen Wert von vielen Tausenden Kronen besaßen.

Warnsdorf. Aus der Strafanstalt zum Gaunerfänglichen ging der 53jährige Anton J. Otto aus Schönfeld bei

Warnsdorf. Er schwindelte, nachdem er am 4. d. M. nach längerer Kerkerstrafe aus der Anstalt Pankraz entlassen war, einem Jitschiner Uhrmacher vor, er besäße in Warnsdorf Kisten mit Uhren und Uhrbestandteilen, überredete den Uhrmacher zum Kaufe und zur Fahrt nach Warnsdorf, lebte auf Kosten des Gutgläubigen und verschwand am Mittwoch früh mit Bargeld-Effekten des Jitschiners auf Nimmerwiedersehen. — Tot zusammengeknüttelt sind an zwei aufeinander folgenden Tagen auf der Straße, am Wege zur Arbeitsstätte, der 63jährige Arbeiter Koroch und der 75jährige Heizer Künstler. Die elenden Ernährungsverhältnisse haben zur Folge, daß die Leute umfallen wie die Fliegen.

Georgswalde. Erschossen aufgefunden wurde am Sonntag im Stalle des Gasthauses „zum Stern“ hier selbst ein junges Mädchen aus Ebersbach, wohnhaft in der Arbeiterkolonie von Wänsches Erben im Niederdorf, und ein tschechischer Soldat. Man nimmt an, daß dieser zuerst das Mädchen und dann sich selbst erschossen hat.

Oberinsiedel. In dem am Sonntag, den 4. d. M., im Feldschützen abgehaltenen Kränzchen geriet das heiße Blut eines Lobenbauer Legionärs, der nicht im unbestrittenen Besitze eines Nebereinsiedler Mädchens zu sein glaubte, derart in Aufregung, daß er den Buchhalter M. aus Hainspach, der durch das Mädchen zum Besuche des Kränzchens eingeladen war, aber nach den gemachten Erfahrungen den Heimweg antrat, verfolgte und ihn, nachdem er ihn mehrmals mit dem Ueberwurfschwert geschlagen, mit dem Bajonette in den Rücken stach. Im nächstgelegenen Hause wurde dem Verletzten die sechs Zm. tiefe Wunde durch einen Notverband verbunden. Hoffentlich erhält der heldenhafte Rückenstecher auch seinen verdienten Lohn.

Leben und Wissen.

— **Prüfung des Friedmannschen Tuberkulose-Heilmittels.** Die preussische Staatsregierung hat dem Professor Dr. Friedmann ein Berliner Lazarett als Institut zur Bekämpfung der Tuberkulose zur Verfügung gestellt und einen aus namhaften Klinikern, Bakteriologen, Anatomen und Veterinärärzten bestehenden Ausschuss mit der Prüfung des von Friedmann empfohlenen Schutz- und Heilmittels gegen die Tuberkulose betraut.

— **Pflege der plattdeutschen Sprache.** Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat einen

Erlass zur Pflege der plattdeutschen Sprache ausgegeben. Er bestimmt darin, daß in den Lehrerbildungsanstalten des niederdeutschen Sprachgebietes dem Plattdeutschen besondere Beachtung zu schenken ist und daß die Seminaristen in das plattdeutsche Schrifttum einzuführen und zur praktischen Verwendung der Mundart im Unterricht anzuleiten sind.

— **Die letzte Entel:** Wilhelm v. Humboldts gestorben. Auf Schloß Regel bei Berlin starb im Alter von 88 Jahren Frau Konstanze von Helms geb. von Bülow, die letzte Entel von Wilhelm von Humboldt. Auf ihre Veranlassung gab ihre Tochter, Frau Anna von Endom, den Drieiwchsel Humboldt mit seiner Gattin heraus.

— **Verband der deutschen Hochschulen.** Auf der Hochschulkonferenz, die in Halle a. S. tagte und die von etwa 100 Vertretern aller deutschen Universitäten und Hochschulen besucht war, wurde ein „Verband der deutschen Hochschulen“ gegründet. Seine Aufgabe ist die Vertretung der Hochschulen in allen gemeinsamen Fragen.

— **Fortschritte der drahtlosen Telephonie.** Das Reichspostministerium hat auf einer Versuchsstrecke Berlin-Konstanz Versuche mit drahtloser Telephonie angestellt, die ein zufriedenstellendes Ergebnis hatten. Eine sofortige Einführung der drahtlosen Telephonie für die Allgemeinheit ist jedoch gegenwärtig noch nicht angängig, da noch technische Einzelheiten durchzubilden sind und das Ganze erst für eine allgemeine praktische Verwendung brauchbar zu machen ist.

— **Eine chinesische Universität in Frankreich.** In Lyon will man eine chinesische Universität, die ungefähr 2000 chinesische Studenten aufnehmen soll, errichten. Die Chinesen sollen die Möglichkeit haben, nach den Sitten und Gebräuchen ihres Vaterlandes zu leben. Es ist ein bischen befremdlich, daß man die chinesische Jugend in solchen Massen nach Europa locken will.

— **Gerhart Hauptmann schildert sein Leben.** Gerhart Hauptmann, der hervorragendste deutsche Dramatiker unserer Zeit, beschäftigt sich zurzeit mit der Niederschrift seiner Autobiographie. Die Arbeit ist der Vollendung nahe.

— **Tod einer Tochter Friedrich Rückerts.** Marie Rückert, die älteste Tochter und der letzte direkte Nachkomme des Dichters Friedrich Rückert, ist auf dem väterlichen Erbgut Reutes bei Koburg, 84 Jahre alt, gestorben. Sie stand ihrem Vater besonders nahe und hat seine „Kindertotenlieder“, die schönste Frucht der Rückertschen Lyrik, aus dem Nachlaß herausgegeben.

— **Die Struktur der Atome entdeckt?** Nach einer Meldung aus Amsterdam soll Professor Koijewnikoff die Struktur der Atome festgestellt haben. Die Bestätigung dieser bedeutsamen wissenschaftlichen Entdeckung bleibt der Nachprüfung der Gelehrten vorbehalten.

Gasthof Rathmannsdorf.

Sonnabend, den 17. Januar:

Feine Ballmusik.

Anfang abends 7 Uhr.

Es ladet freundlich ein

Franz Schubert.

Ausgabe des Fleisches

und Anmeldung zur Kundenliste

findet

morgen Sonnabend von 8—12 und 2—5 Uhr

im leerstehenden

Uhrmacher Engelhardt'schen Laden statt.

Fleischermesser Arno Müller.

Anmeldungen zur Kundenliste

werden im

Seifengeschäft, Poststraße,

angenommen.

Otto Michael, Fleischermesser, Schandau.

Infolge der abermaligen Erhöhung der

Bierpreise

um 50 Prozent seitens der Brauereien steht sich der Gastwirtsverein Schandau gezwungen, die Bierpreise wie folgt zu erhöhen:

0.35 Liter Einheimisch, hell oder dunkel,
60 Pfennige,

0.20 Liter Einheimisch, hell oder dunkel,
40 Pfennige.

Die erhöhten Preise treten ab 17. Jan. in Kraft.

Hochachtungsvoll

Gastwirtsverein Schandau und Umgebung.

Zur Sicherung der Republik

und ihrer Freiheit ist von der Volkskammer die neue **Hilfspolizei** geschaffen worden. Wer ihr beiträgt, hilft die Existenz aller ehrlich Arbeitenden sichern und fördert durch den Schutz unseres Wirtschaftslebens das Allgemeinwohl. Meldungen umgehend an die **Jäger-(Eib-)Kaserne, Dresden.**

Druck sachen aller Art
fertigt die Druckerei dieser Zeitung an.

Wohlfahrt

Der heutige Abendsabend fällt des Hochwassers wegen aus. Der Vorstand.

Restaur. Heiterer Blick.

Sonntag, den 18. Januar:

Doppelkopfturnier

Anfang 5 Uhr.

Es ladet frdl. ein **das Komitee.** Zugleich gebe ich den geehrten Einwohnern von Altendorf und Umgebung bekannt, daß ich **sämtliche Hauschlachtungen** übernehme. **Enfolt.**

Papier- und Pappenabfälle

Zeitungen, alte Bücher usw. kauft und holt selbst ab

Emil Seifert,

Pappenfabrik, Amtshainersdorf.

Reinhardt'sdorf u. Umgebung.

Habe gutbezahlt

Heimarbeit

auszugeben durch meine Ausgabe

Hel. Minna Viehzig, Reinhardt'sdorf Nr. 48.

Paul Krause, Myrtenfabr.,

Sebnitz, Ober-Rosenberg 333.

Ein ordentliches, fleißiges, nicht zu junges

Hausmädchen

sucht zu möglichst sofortigem Antritt, spätestens aber für den 1. März d. J.

Frau Bürgermstr. Dr. Voigt

Heimarbeiterinnen

auf Bergheimnächte bei gutem Lohn sucht

Oscar Miessner,

Sebnitz, Gartenstr.

Junges, ehrliches

Mädchen

für kinderlosen Haushalt u. Geschäft per 1. oder 15. Februar

gesucht.

Alb. Richter, Delikatessengesch.,

Dresden, Königsbrückerstraße 46.

Suche für drei **Frau od. Frä.**

Mon. sof. best. mit Kochkenntnissen, tägl. 3 Mk., frei Station und sehr gute Kost.

P. Hegenbarth's Stellenbüro

Haus Flora.

Ferner suche f. **Nischenmädchen**

größeres Gut oder Stütze und gut empfohlene

erste Wirtschaftshilfen für Ehrenberger Gegend sof. b. tarifm. Lohn, empfehlenswerte Stellen.

Sonnabend wurde ein

Sinderfchlitten

in **Ostau,** beim Haus Nr. 17,

gestohlen.

Er ist sehr kenntlich, da braun gefärbt. Es wird gebeten, diesen dorthin wieder abzugeben.

2 Paar Stiefel, 2 Paar Militärschuhe Verkauf bei

R. G., Eibitz. 621.

Gut weibliche Seele,

rein und gemüthl., wirtsch., Sinn für tr. Heim, Natur, Musik,

sucht geb. Lebensgefährten

30—40 J.

Off. u. **H. G. 1218** an die

Geschäftsstelle dieses Blattes.

Im

Geschäftsgetriebe ist es Ihnen nicht immer möglich, Ihrer Kundschaft all die einzelnen Verkaufsartikel, die Ihnen zur Verfügung stehen, anzubieten. Jedoch können Sie gewissermaßen im

Schlaf

Geld verdienen, wenn Sie die günstige Gelegenheit wahrnehmen, den Lesern unserer Zeitung durch eine laufende Anzeige Ihre Waren anzupreisen. Diese Reklame kostet nicht viel

Geld

und ist der bequemste Weg, mit der Kundschaft in dauernder Fühlung zu bleiben. Wie kann jemand wissen, was Sie zu verkaufen haben, wenn er nicht darauf aufmerksam gemacht wird? Folgen Sie deshalb unserem Rat, Sie büßen nichts ein, sondern können dadurch nur **verdienen!**

Die Gartenlaube

in ihrer neuen Gestalt

Wer die „Gartenlaube“ jetzt ansieht, wird eine oblige innere Umformung feststellen können. Mehr als je hat sie Anspruch darauf, das Blatt des deutschen Hauses zu sein, umsomehr, als sie Helferin am Aufbau eines neuen deutschen Lebens sein will. Neue Mitarbeiter haben ihre Arbeit in den Dienst des erneuten Geistes gestellt, in dem ein erneutes Deutschland sich spiegeln soll. Dem schlichtesten Sinne soll die Zeitschrift immer nahe bleiben, dem anspruchsvollsten soll sie dennoch genügen. Gerade jetzt und in kommenden Jahren wird eine gute Familienzeitschrift, die ganz auf der Höhe ernsthafter literarischer und künstlerischer Ansprüche steht, mehr als je ein Bedürfnis sein. Die „Gartenlaube“ ist dieses Blatt!

Achtung!

Für den Fall, daß die Gaszufuhr durch irgendwelche Umstände oder Ereignisse versagt, werden die Abnehmer darauf aufmerksam gemacht, daß die **Gasflamme stets gut zu löschen** sind und nicht achtlos offenstehen gelassen werden dürfen, damit Unglücksfälle vermieden werden. **Gaswerk Schandau.**

Kirchliche Nachrichten.

Parochie Schandau.

Des Hochwassers wegen nächsten Sonntag kein Gottesdienst in der Kirche; jeder Christ halte ihn aber daheim.

Parochie Lichtenhain.

Sonntag, den 18. Januar 1920, 1/2 11 Uhr: Kinder Gottesdienst.

Parochie Borsdorf.

Sonntag, den 18. Januar, vorm. 9 Uhr: Predigt Gottesdienst; nachmittags 2 Uhr: Kindergottesdienst.

Parochie Reinhardt'sdorf.

Sonntag, den 18. Januar, 9 Uhr: Gottesdienst in Reinhardt'sdorf. Donnerstag, den 22. Januar, 7 Uhr: Abendmahlsfeier in Reinhardt'sdorf.

Parochie Königstein.

Sonntag, 18. Januar, vormittags 9 Uhr: Predigt Gottesdienst und Abendmahlsfeier. Seeliger. — Um 11 Uhr: Kindergottesdienst im Konfirmandensaal. Hoyer. — Nachmittags 4 Uhr: Bibelstunde in Weißig. Seeliger. — Das Wochenamt außer am Montag und Dienstag hat Hoyer.

Montag, 19. Januar, abends 1/2 8 Uhr: Frauenabend im Konfirmandensaal. —

Dienstag, 20. Januar, abends 8 Uhr: Christlicher Verein junger Männer und Junglinge. —

Katholische Gemeinde.

Schandau, Marktstraße 37, II.

Jeden Mittwoch (in Schulwochen) nachm. 1/2 5—5 kostenlos.

tätig. Religionsunterricht, 3—5 nachmittags kostenlos. Sprechstunde in allen Gemeinde- und Familienangelegenheiten.